

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 3 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Ein geschlossener Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie - gegen den Marxismus.

Von allen Gegnern der Arbeiterschaft ist der Wahlkampf zur Reichstagswahl am 14. September unter dem Motto: **Gegen den Marxismus - gegen die Sozialdemokratie!** geführt worden. Man versuchte, das Bürgertum gegen den Marxismus aufzurufen, indem man ihm suggerierte, daß der Staat und das öffentliche Leben Deutschlands überhaupt von marxistischem Geiste erfüllt sei. Dabei sind die Regierungen in dem Nachkriegsdeutschland in der Mehrzahl der Jahre rein bürgerlich gewesen, und in den Zeiten, wo die Sozialdemokratische Partei mitregierte, handelte es sich um Koalitionsregierungen. Derweilen geht die Wirtschaft in fast allen Ländern ihren Gang, der durchaus in der Richtung der marxistischen Theorie liegt. Leute von Rang und Ruf, wie der englische Nationalökonom Keynes, die Professoren Sombart, Schmalenbach und Bonn, haben längst auseinandergesetzt, daß der Marxismus durch den Gang der kapitalistischen Entwicklung durchaus gerechtfertigt ist. In seiner berühmten Wiener Rede hat Schmalenbach dies vor einigen Jahren mit folgenden Worten festgestellt: „Was ist es denn im Grunde genommen anderes als die Erfüllung der Voraussetzungen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben? Seine Vorstellungen von der Zukunft der Wirtschaft sind es, die wir sich erfüllen sehen. Wenn wir unsern Wirtschaftsführern von heute sagen würden, daß sie gewollt oder ungewollt sozusagen Vollstrecker des marxistischen Testaments sind, so würden sie mit Nachdruck dagegen protestieren. Trotzdem sind sie nur Werkzeuge, nichts als Werkzeuge.“ Diesen Worten etwas hinzuzufügen dürfte sich erübrigen. Es ist ein den heutigen Wirtschaftsführern nahestehender Mann, der dies feststellt, und andere, nicht minder Befähigte, haben dies vor und nach ihm getan. In Nummer 421 des „Berliner Tageblattes“ schreibt der bekannte Handelsredakteur Dr. Felix Plüner ebenfalls über das Problem Kapitalismus und Sozialismus. Er stellt unter anderem fest: „Betrachtet man den organisierten und sich immer stärker organisierenden Hochkapitalismus der Monopole, Kartelle, Trusts und Konzerne, der heute, und nicht erst seit heute, die moderne Großwirtschaft beherrscht, auf seine wirtschaftlichen Kerntendenzen hin, sucht man Sinn und Ziel, Form und Gesetz seiner Wirtschaftsführung zu erfassen, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß sich dieser organisierte Kapitalismus nicht viel weniger dem Marxismus genähert hat, als der reformerische Sozialismus sich von ihm entfernt... Der großwirtschaftliche Kapitalismus ist dabei, sein Konzentrationsystem immer weiter und immer tiefer in die Privatwirtschaft hineinzuorganisieren, und er merkt gar nicht oder sträubt sich mit verächtlicher Heftigkeit gegen die Erkenntnis, daß eine so umfassend und tiefgehend organisierte Privatwirtschaft auf die Dauer gar nicht rein privat bleiben, sich der öffentlichen Kontrolle und der gemeinwirtschaftlichen Blickrichtung auf die Dauer gar nicht entziehen kann.“

Doch feterten in dieser Verzweiflungswahl Dummheit und Blödsinn ihre widdesten Organe. Mit allen Mitteln der Verdrehungskunst wurde gearbeitet. Von Selbsterkenntnis war keine Spur zu merken. Alle demagogischen Mittel wurden angewandt, um den Gegner als den allein Schuldigen für all das Elend, die Not und die Verzweiflung erscheinen zu lassen. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Verdienstrückgang und dergleichen mehr waren willkommenen Wahlhelfer der Demagogen. Die mißliche Lage, in die so viele Menschen ohne Verschulden geraten sind, wurde von gewissenlosen Elementen benutzt, um denkunsfähige Menschen vollends zur Verzweiflung zu bringen. Bei dem Mangel an politischem Sinn und den geringen Kenntnissen, die über Staatspolitik, Wirtschaft, Sozialpolitik usw. verbreitet sind, finden maßlose Versprechungen williges Gehör.

Selten ist so viel Blech geschmiedet und so viel geschwindelt worden wie zur letzten Wahl. Das Resultat ist unsern Kollegen bekannt. 11 Millionen Menschen von 34 Millionen, mithin der dritte Teil, haben für die Diktatur oder Abarten derselben gestimmt. Die Sozialdemokratische Partei hat sich in diesem gegen sie konzentrierten Wahlkampf gut gehalten; doch auch sie hat eine Schlappe erlitten. Ihre Stimmzahl verminderte sich von 9 150 000 auf 8 572 000. Stimmten 1928 noch 29,8 % aller Wähler für die SPD, so waren es jetzt noch 24,5 %.

Die SPD hat aus dem Zustrom der neuen Wähler keinen oder nur geringen Zugzug erhalten und auch den alten Bestand nicht ganz halten können. Es scheint, daß sich namentlich die Jugend für die Partei nicht so erwärmt hat, wie dies früher der Fall war.

Man konnte darauf gefaßt sein, daß die radikalen Parteien zunehmen würden; doch hat es niemand für möglich gehalten, daß die Nationalsozialisten und die Kommunisten einen derartigen Aufschwung nehmen würden. Die Stimmen der Nationalsozialisten haben sich verachtfaht. 6,4 Millionen deutsche Männer und Frauen glaubten in dem Segensabbat des Nationalismus ihr Heil zu sehen. Eine Partei, die weder national noch sozialistisch noch eine Arbeiterpartei ist, die nur mit verschwommenen Phrasen und trügerischen Versprechungen arbeitet, irgendwelche Taten nicht aufzuweisen hat, konnte einen derartigen Erfolg buchen! Wir dürfen an der Tatsache nicht vorübergehen, daß viele der nationalsozialistischen Wähler Arbeiter und Angestellte sind. Es ist ein Trauerspiel sondergleichen, wenn man sich die Ergebnisse der Wahlen in Sachsen, im Ruhrgebiet, im mitteldeutschen Industriegebiet, im industriellen Rheinland usw. ansieht. In dem ehemals roten Sachsen, wo vor dem Kriege von 28 Wahlkreisen 22 durch Sozialdemokraten vertreten waren, bringen die Nationalsozialisten über 560 000 Stimmen auf, während man noch nicht 400 000 Sachsen Kommunisten wählten, so hat man ein Bild der Verzweiflung, wie es trauriger kaum gedacht werden kann. Ja, sie wußten wirklich nicht, was sie taten! Wenn nicht sofort auf dem Spiel stände, so müßte man wünschen, daß jene Elemente einmal das Staatsschiff in die Hand nähmen. Aber außer einem großen Trümmerhaufen würden sie nach verhältnismäßig sehr kurzer Zeit nichts hinterlassen.

Die bürgerlichen Parteien der Mitte sind schuld daran, daß es so gekommen ist. Der Wahlkampf wurde geführt unter dem Motto: **Schonung der Wirtschaft!** Die Wirtschaft sei überlastet und müsse endlich einmal eine mehrjährige Schonfrist erhalten. So verkündeten die Brüning, Schiele, Dietrich und Genossen. Von der Schonung der Millionen, die ohne Existenzmittel auf der Straße liegen, wurde nicht gesprochen. Im Gegenteil, man suchte ihnen den letzten Halt durch Entziehung und Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung zu nehmen. Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wurden Dinge in die Schuhe geschoben, für die sie nicht verantwortlich gemacht werden können. Die verkehrte kapitalistische Entwicklung, die Tatsache, daß die kapitalistische Wirtschaft mit den aufkommenden Problemen nicht fertig zu werden vermochte, wurde denjenigen zur Last gelegt, die sich wirklich ernsthaft bemühten, das ruhelose Auf und Nieder durch eine feste Entwicklung in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwenden. Wie Figuren zeigt, sind Millionen Menschen auf diesen Schwindel herein gefallen. Elf Millionen erwachsene Menschen sind jenen Schaumschlägern nachgelaufen, deren Können nur im Zerknirschensein bestand. Da ist ein schwacher Trost, daß die bürgerliche Mitte dabei vor die Hunde ging.

Man zog aus, um den Marxismus in Deutschland endgültig zur Strecke zu bringen. Von denjenigen, die das Wort Marxismus in den Mund nahmen, hatte kaum einer eine Ahnung, was der Marxismus eigentlich bedeutet. Daß diese Lehre 50 Jahre hindurch alle Wissenschaften mehr oder weniger zu beeinflussen vermochte, daß die tatsächliche Entwicklung im Sinne der Voraussetzungen von Marx verlief, war selten einem von jenen Marxverächtern bekannt. Unter Marxismus verstand man ja auch etwas ganz anderes. Man meinte damit die politische und wirtschaftliche Machtgeltung der Arbeiterklasse. Sie wollte man treffen, und das ist vorbeigelungen.

Die Bildung einer tragfähigen Regierung wird in den kommenden Wochen für die verfassungstreuen Parteien eine schwere Arbeit sein. Es wird darauf ankommen, wie sich das Zentrum entscheidet. Die Nationalsozialisten haben bereits zu erkennen gegeben, welche Positionen sie beanspruchen. Sie verlangen nach dem Innenministerium im Reich, dem Wehrministerium, nach der Befehung des Polizeipräsidenten in Berlin, daneben das

Innenministerium in Preußen und was dergleichen Auswüchse eines Machtkollers mehr sind. Kämen sie zur Befehung dieser Posten, dann würde es um Deutschland geschehen sein. Die Arbeiterbewegung hätte eine Schlacht verloren, die sich weit schwerer auswirken würde als die Niederlage nach der Inflation. Diese Dinge gilt es für die Arbeiter im Auge zu behalten.

In diesen erschütternden Kämpfen sind die freien Gewerkschaften allein der schützende Hort. Mögen sich die Jünglinge auf der Eiswiese des politischen Versammlungskampfes austoben, wie sie wollen, im gewerkschaftlichen Leben entscheidet die ruhige Ueberlegung und letzten Endes der Erfolg. Auf dem schlüpfrigen Boden der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Kämpfe werden sie zu Fall kommen, wenn sie es versuchen sollten, auf diesem Gebiet Vorbeeren zu ernten. Je schlimmer es auf dem Gebiet der Politik ausfällt, desto fester müssen wir die Bakken der Gewerkschaftsbewegung ausbauen. Das Unternehmergeld, das im Wahlkampf verprättert wurde, sollte nicht nur die Sozialdemokratie aus ihren Positionen verdrängen; noch viel mehr hätte man die Schwächung der gewerkschaftlichen Stellung im Auge. Man wolle politisch das durchziehen, was man in offener Feldschlacht gegen die Gewerkschaften nicht zu erreichen vermochte. Die Wahl vom 14. September 1930 sollte uns die Erkenntnis bringen, daß die Gewerkschaftsbewegung der letzte Hort ist, den es zu verteidigen gilt. Eine systematische und konsequente Organisationsarbeit muß einsehen, damit die Verluste bald wieder ausgeglichen sind und mit Zuversicht neuen erfolgreichen Kämpfen entgegengesehen werden kann.

Politische Erziehung.

Wenn wir die Vielzahl der Parteien, besonders der bürgerlichen, und die dadurch gehemmte politische und parlamentarische Arbeit betrachten, dann wird immer gesagt, uns fehle es an der politischen Begabung. Hier wird dann besonders auf die Engländer verwiesen. Ist es denen doch gelungen, in mehreren Jahrhunderten einen großen Teil des Kontinents unter ihre Herrschaft zu bringen. Unzweifelhaft besitzen die Engländer politische Begabung und einen gewissen politischen Instinkt. Erreichen konnten sie das aber nur durch unermüdete Kleinarbeit und eine andauernde politische Schulung ihrer Kräfte. Die Erkenntnis, daß wir diese politische Begabung nicht besitzen, wird von uns meist als eine Art Schutzhülle gebraucht, sobald man an uns mit der Forderung nach politischer Bildungsarbeit herantritt. Diese Schutzhülle bildet aber das größte Hindernis in unserer politischen Erziehung. Selbstverständlich muß ein Führer politische Begabung besitzen, aber die beste Begabung muß verkümmern, wenn sie nicht gepflegt wird. Jede Begabung, jede Fähigkeit muß geschult werden, wenn sie sich voll entfalten soll. Es ist auch nicht richtig, daß nur die Führer politisch geschult sein brauchen. Nein, die politische Erziehung muß, wie jede Menschenbildung, von unten anfangen. Halten wir das nur für unsere Führer erforderlich, für uns selbst nicht, dann ist es Scheu vor jeder ernsten Erziehungsarbeit und bedeutet auch eine gewisse Verantwortungslosigkeit.

Die Auffassung, daß man nur an „verantwortlicher Stelle“ geschult werde, ist gleichfalls eine irrige. Wir stehen mitten im politischen Leben der Gegenwart. Die Forderungen der Zeit treten an jeden heran. Jeder wird sich einmal entscheiden müssen, wenn er nicht in Halbheit ersticken will. Kommt jeder zu der Erkenntnis, daß politische Schulung notwendig ist und zeigt den Willen diesen Weg zu gehen, dann geht das Uebermaß der politischen Phantasereien von selbst zurück. Auch die viel zu vielen Programme bedeuten einen Mangel an politischer Einsicht und Schulung. Durchgeführt werden sie meist nicht, und die Aussicht dazu besteht auch nicht. Die vielen politischen Programme und Reden müssen einmal verschwinden, an ihrer Stelle muß politische Erziehungsarbeit geleistet werden, dann kommen auch die Erfolge. Möglich sind diese aber nur in praktischer, zäher Mitarbeit aller Einsichtigen.

In der Arbeiterschaft gibt es noch genug ursprüngliche Kraft, die politisch geschult sein will und bereit ist, etwas zu leisten. Hier muß der Hebel angefaßt werden. Die Führer, wie etwa die Engländer, haben ihre politischen Fähigkeiten nur durch die Erkenntnis der Menschen und der Begebenheiten des Lebens gewonnen. Die Reden über die Einigkeit der Arbeiterschaft nützen gar nichts, wenn wir nicht schon in unserm Berufe, in den Betrieben außer der gewerkschaftlichen auch die politische Einsicht wecken und pflegen. Die nächste Stätte der politischen Erziehungs-

arbeit ist in der Schule, in der Gemeinde. Hier sind wir von den Auswirkungen der Politik und den Taktischen des Lebens am unmittelbarsten umgeben. Die Stellung unseres Berufes und die wirtschaftlichen Einflüsse darauf zeigen uns, inwieweit wir das wirtschaftliche Leben auch politisch beeinflussen haben. Geben auch die Fingerzeige an, was noch geändert werden muß und auf welchem Wege das möglich sein wird. In der Schulung kommt die Kulturpolitik zur Geltung, hier zeigen sich die Wege einer wirklichen Erziehung unserer Jugend. Wir lernen aber auch die unheilvollen Auswirkungen der nationalistischen Bildungsbeeinflussung kennen. Gute Erziehungsarbeit kann in der Kommune geleistet werden. Die Steuerpolitik, Finanz-, Wirtschaft-, Sozial- und Kulturpolitik lernen wir hier in ihrer Verwirklichung und in ihrer ganzen Schärfe kennen. Nirgendwo werden aber so viele Programme geschaffen, Parteien gegründet, Reden gehalten, freien Spannungen und Spaltungen so zahlreich auf wie in der Kommune. Wirkliche fruchtbringende Arbeit im Interesse der Arbeiterschaft sowie des ganzen Volkes kann durch die kleinen Parteien und Gruppen nicht geleistet werden. Die bittere Notwendigkeit der politischen Erziehung wird hier in ihrem vollen Umfange sichtbar. Zugleich ist hier der Anfang, wo die politische Schulung einzusetzen hat. Aber nicht bloß die Führer, sondern jeder, der politisch mitwirken, beeinflussen will, muß damit anfangen. Jeder, der einen Stimmzettel abgibt, übt einen Einfluß aus, also muß sich jeder darüber klar sein, welchen Weg er zu beschreiten hat. Praktische Mitarbeit und sorgfältiges Beobachten zeigen uns, wie wenig mit Schlagworten und gelpaltenen Kräften Politik zu treiben ist. Erfüllen wir praktisch unsere einfachsten Pflichten, dann kann auch die theoretische Schulung hinzutreten. Jeder muß Kenntnis besitzen von den Einrichtungen des Staates und seiner Verfassung, aber auch von seinem weiteren Unterbau, den Ländern, Provinzen und Gemeinden. Wie ist die Verwaltung des Reiches aufgebaut, wie ist der Weg und die Arbeit der Reichsregierung, wie sind die Körperkassen des Reiches, Reichsstaats, Reichsrat und Reichswirtschaftsrat, zusammengesetzt. Alles Fragen, die ein jeder zu klären hat, die ein jeder kennen muß, will er zu dem Staat in nähere Beziehung treten. Ohne Kenntnis des Staates ist es nicht möglich, ihn nach unserm Willen umzugestalten, wie es auch nicht möglich ist, ohne Kenntnis der Wirtschaft, diese umzugestalten zu wollen. Die Sozialpolitik und ihre sozialen Strömungen besitzen im Staate, wie in der Wirtschaft eine hervorragende Bedeutung, also muß man sich mit ihnen befassen, muß ihre Träger kennen lernen. Innenpolitik ist ohne Außenpolitik nicht möglich. Besonders der Weltkrieg und seine Folgen haben uns gezeigt, wie notwendig die Kenntnis der Außenpolitik und eine gewisse außenpolitische Schulung erforderlich sind. Die Erfahrungen des Weltkrieges werden immer wieder vergessen oder unterschätzt. Die Völker, ihre politische und wirtschaftliche Gestaltung, ihre volklichen Eigenarten sollten uns bekannt sein. Hier hilft sehr viel zur Vertiefung unseres Wissens die Kenntnis der Geschichte. Lernen wir doch hier kennen, wie Völker und Zeiten Politik treiben, ihre Ziele durchzusetzen versuchten und was sie erreichten. Die Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Vorgänge vermitteln uns die Tageszeitungen. Grundrissliche und tiefergründendere werden die Fragen des Staates, des Volkes und der Wirtschaft in den wöchentlichen und monatlichen Zeitschriften behandelt. So vermitteln uns die gewerkschaftlichen Verbandzeitungen eine Fülle wirtschaftspolitischen Wissens und volkswirtschaftlicher Kenntnisse. Eine Tatsache, die leider immer noch nicht von vielen Kollegen eingesehen wird, ganz zu schweigen von denen, die noch abseits stehen.

Weitere Mittel der politischen Schulung sind die politischen Parteien und die wirtschaftlichen Vereinigungen, deren Versammlungen und Schulungskurse wir benutzen müssen, wollen wir zu einer wirklichen politischen Auffassung und Einsicht kommen. Und notwendig ist diese, will die Arbeiterschaft politisch und wirtschaftlich den Platz einnehmen, auf den sie auf Grund ihrer Größe Anspruch hat.

Die industrielle Ueberproduktion.

Die hohe Zahl der Arbeitslosen ist nicht allein auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen. Die Leistungssteigerung der menschlichen Arbeitskraft spielt dabei eine außerordentlich große Rolle. Selbst bei gedrosselter Produktion werden mehr Güter erzeugt als verbraucht werden. Die landwirtschaftliche Ueberproduktion hängt mit einer Reihe von Umständen zusammen. Die Technisierung der Landwirtschaft, die Verwendung künstlichen Düngers und die allgemeine Intensivierung hat die Tatsache groll in Erscheinung treten lassen, daß das Brot schneller wächst als die Menschen. Die industrielle Leistungssteigerung ist allgemein bekannt. In den Vereinigten Staaten steigt die Produktionsleistung des einzelnen Arbeiters (1899 = 100) für das Jahr 1923 auf 132 und für 1927 auf 147. Ähnlich werden die Verhältnisse auch in anderen Staaten liegen. Eine starke Strukturwandlung der gesamten Industrie ging damit einher. Industrien, die in der Vorkriegszeit kaum bekannt waren, beschäftigen heute Millionen von Arbeitern. In den Vereinigten Staaten werden 4,3 Millionen Arbeiter in der Kraftwagenherstellung beschäftigt. 1927 wurden für 47 Millionen Dollar Radioapparate verkauft. Es wurden mitten in der Wirtschaftskrise entwickelt, die vor dem Kriege entweder gar nicht oder nur unvollkommen vorhanden waren. Wenn trotzdem eine so hohe Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist, so dürfte daraus hervorgehen, daß der Geldwert der Arbeitskräfte in Verbindung mit der Leistungssteigerung der menschlichen Arbeitskraft gewachsen ist.

Der eigentümliche Wirtschaftskreis dürfte klar beweisen, daß die kapitalistische Wirtschaft noch keineswegs den Grad der Vollkommenheit erreicht hat. Kommt doch noch eine halbamtliche Körperschaft, wie sie das deutsche Institut für Konsumforschung ist, nach einer Erforschung der volkswirtschaftlichen Lage zu folgendem Ergebnis: Auf der einen Seite liegen jetzt Milliardenwerte an Waren brach und brennen des Abganges, während auf der anderen Seite viele Millionen von Arbeitskräften zu dem gezwungen und von der Ausbeutung dieser Pro-

dukte abgesperrt sind, eine Ironie der Wirtschaftslage auf das ökonomische Prinzip, auf die zweckbewußten Planungen der Unternehmer, auf den gesunden Menschenverstand, der angeblich alle wirtschaftlichen Handlungen beherrscht. Wenn es früher allein die Kräfte der freien Wirtschaft waren, die auch bei höchst gesteigerten Formen der Rechenhaftigkeit eine auf die Dauer gleichmäßige, störungslose Bedarfsdeckung nicht zu erreichen vermochten, so zeigt sich daselbe Unvermögen jetzt bei den Dispositionen der öffentlichen Hand sowie aller Kartelle, Konventionen und Tarifverträge.

Es ist in der Tat eine Ironie auf das ökonomische Prinzip und den gesunden Menschenverstand wenn es bei billigsten Rohstoffpreisen, ungeheurer Geldfülle und Massenarbeitslosigkeit nicht gelingt, die Produktion anzukurbeln. Überall in der Welt eine gedrosselte Kaufkraft bei riesigen unerkäuflichen Warenbergen. Dieser Widerspruch ist nicht zu überbieten!

Die Verteilung der Steuerlast.

Das Statistische Reichsamt hat für fünf Länder eine vergleichende Uebersicht über Einkommen und Steuerzahlen durchgeführt, wobei ein Ergebnis herausgekommen ist, das sich die Arbeiter merken müssen. Zum Vergleich mit Deutschland herangezogen sind Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Zugegeben, daß die Lebenshaltungskosten in den Ländern verschieden sind, zugegeben auch, daß Deutschland infolge des verlorenen Krieges seine Steuerzahler höher belasten muß als die Vergleichsländer, so bleibt aber immer noch die Frage offen, warum gerade Deutschland die größte Steuerlast auf die Schultern der Arbeiter läßt. Warum, so fragt man sich bei der Durchsicht des Materials, werden bei uns die Reichen nicht stärker zum Steuerzahlen herangezogen?

In Deutschland werden 50 % der Steuererträge vom Einkommen von den Arbeitern, Angestellten und Beamten, die weniger als 4000 M im Jahre verdienen, aufgebracht. Die Hälfte der Steuern zahlt also der kleine Verdienner, dessen Einkommen an sich schon so knapp bemessen ist, daß es kaum zum Leben reicht. Rund 27 % bringen die mittleren Einkommenklassen auf, der Rest, der kleinere Teil, wird von den Schwerverdienern gezahlt. Allein die kleinen Einkommen bis 1800 M Jahresverdienst, das sind die Arbeiter mit ihrem schmalen Wochenlohn, die in den Vergleichsländern fast gar keine Steuern zahlen, bringen in Deutschland 26 % der Steuereingänge aus Einkommen auf. Sie zahlten 1927 rund 444 Millionen Mark Einkommensteuer, die Schwerverdiener mit einem Einkommen von mehr als 50 000 M im Jahre jedoch nur 299 Millionen Mark. Selbst das Statistische Reichsamt kommt zu dem Ergebnis, daß in Deutschland die kleinen und mittleren Einkommen die größte Steuerlast tragen.

Nehmen wir zum Vergleich zunächst Großbritannien. Hier wird die Einkommensteuer fast ausschließlich von den oberen Klassen aufgebracht. Rund 54 % der Steuereingänge aus Einkommen werden von den Schwerverdienern mit über 50 000 M Jahreseinkommen gezahlt, 28 % von Leuten mit einem Jahreseinkommen von 12 000 bis 50 000 M, und nur 5 % von Leuten mit weniger als 4000 M Jahreseinkommen. Arbeiter mit weniger als 1800 M Jahresverdienst zahlen überhaupt keine Steuern. In Deutschland brachten von 1,8 Milliarden Mark Einkommensteuereingänge die kleinen Lohn- und Gehaltsempfänger rund 860 Millionen Mark auf, die Schwerverdiener dagegen noch keine 300 Millionen Mark. In England ist der Eingang von Steuern aus niedrigen Einkommen gleich Null.

In Frankreich ruht ebenfalls die Last der Zahlung von Einkommensteuern auf den Schultern der Reichen. Die Wohlhabenden mit über 50 000 M Einkommen zahlen 47 % der Steuereingänge, die kleinen Einkommen bis 1800 M Jahresverdienst nur 1,9 %. In Holland bringen die hohen Einkommen 35 % auf, die kleinen Einkommen 5,7 %. In den Vereinigten Staaten wird die Einkommensteuer fast ausschließlich von den Reichen aufgebracht. Rund 91 % der gesamten Einkommensteuereingänge werden von den Wohlhabenden mit über 50 000 M Jahreseinkommen gezahlt, 5,5 % von Leuten mit 25 000 bis 50 000 M Einkommen.

Diese amtliche Feststellung ist erneut ein Beweis dafür, daß in Deutschland der arme Mann der beste Steuerzahler ist. Während in anderen Ländern das kleine Einkommen geschenkt wird, genießen bei uns nur die hohen Einkommen schonende Behandlung. Das System der Lohnsteuer läßt den Lohn- und Gehaltsempfänger nicht entflüpfen. Aber alles dies genügt der derzeitigen bürgerlichen Regierung noch nicht. Mit einer ganzen Reihe von neuen Steuern, wie Kopfsteuer und Ledigensteuer, wird ein neues Attentat auf das niedrige, kaum zum Sattessen ausreichende Einkommen des Arbeiters verübt. Anstehend und zur Verteidigung seiner Besitzinteressen immer bereit steht das Bürgertum vor seinem Geldsack. Dem Staate, was des Staates ist, nur das Bürgertum mag dazu nichts geben. Das ist die Steuerpolitik, wie sie von den bürgerlichen Parteien in Deutschland betrieben wird. Den Arbeitern möchte man die ganze Steuerlast aufbürden. Lohnsenkung, Beseitigung der sozialen Einrichtungen und Massensteuern — das ist das Ziel des reaktionären deutschen Bürgertums. In dem Bestreben, die Arbeiter ins tiefste Elend zu stürzen, finden sich alle bürgerlichen Parteien und Gruppen mit den Unternehmern zusammen.

Die Leipziger Herbstmesse 1930.

Die zweimal im Jahr stattfindende Mustermesse in Leipzig bildet eine wichtige Beobachtungsmöglichkeit über den Verlauf der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft. Die Zahl der Aussteller bei der diesjährigen Herbstmesse hatte sich gegenüber dem Vorjahr nur um 2,4 % auf 7653 vermindert. Teilweise war sogar ein Neuzuwachs an Ausstellern bei einigen Branchen zu verzeichnen. Von den Ausstellern gehörten 6500 den verschiedenen Zweigen der Mustermesse an, die in der Hauptsache gangbare Konsum-

und Gebrauchsgüter vertreiben. Die Technische Messe und die Baumesse zählte 1663 Aussteller. Die Technische Messe, auf dem Gelände am Völkerschlachtdenkmal, dient in erster Linie der Produktionsmittelindustrie. Nach Nationen gerechnet stammten 6975 Firmen aus dem Inland und 678 aus dem Ausland. Von letzteren waren immer die Tschechoslowakei und Oesterreich am stärksten vertreten. Diese beiden Staaten zusammen stellten drei Viertel der Firmen, die die Leipziger Messe als Absatzmarkt benutzten.

Der Messebesuch war trotz der Krise ein leidlich guter. Wenn die Inlandkaufkraft durch das Vorhandensein einer Arbeitslosenziffer von drei Millionen derartig herabgedrückt wird, dann muß sich der Warenumsatz in allen Teilen vermindern. Nichtsdestoweniger kann man sagen, daß einzelne Firmen und Branchen gut abgeschnitten haben. Mit Ersparnissen muß man immer wieder wahrnehmen, wie außerordentlich vielseitig die deutsche Fertigwarenindustrie es vermag, neue Artikel auf den Markt zu bringen. Der Reiz der Neuheiten hat diesmal eine große Rolle gespielt. Dabei handelt es sich nicht nur um Modeneuheiten und um sogenannte Schlager der Spielwarenindustrie und der Kurzwarenbranche, sondern auch um Neuerungen auf dem Gebiete der Technik. Eine Neuheit bot zum Beispiel die Süßwarenmesse, wo eine gut eingerichtete Musterwerkstatt der Bäckerei und Konditorei in vollem Betrieb vorgeführt wurde. Eine Musterwerkstatt für das Holz verarbeitende Gewerbe wurde ebenfalls gezeigt. Auch sonst gab es der Sehenswürdigkeiten genug. Die zahlreichen neuen Artikel in fast allen Branchen haben dazu beigetragen, die Messe zu beleben.

Viel Sehenswertes bot die Technische Messe und die Baumesse. Die Baumesse feierte überdies ihr 25jähriges Jubiläum. Die modernsten Errungenschaften der Baumaterialindustrie, der Baukonstruktionen und der Baumaschinen waren in Leipzig zu sehen. Zu dem verhältnismäßig günstigen Geschäft auf der Baumesse trugen die Erwartungen bei, die man auf das zusätzliche Wohnungsbauprogramm setzte. Sonst war die Technische Messe kleiner, weil ja bekanntlich die großen elektrotechnischen Firmen, die Werkzeugmaschinenfabriken und andere Branchen der Maschinen- und Metallindustrie nur im Frühjahr ausstellen. Bemerkenswert waren die Gruppen des technischen Kleinbedarfs. Für die Motorisierung des Handwerks- und Kleingewerbes wurde eine Fülle von Maschinen, Geräten und Werkzeugen gezeigt, auch die Vertreter von Spritzmaschinen, Farbenprodukten, wasserfestem Hermes-Schlepppapier usw. waren anwesend.

Ueber die einzelnen Branchen zu berichten, dürfte sich erübrigen. Der Weihnachtsbedarf machte sich deutlich geltend; dennoch wurde für das Weihnachtsfest weniger gekauft als in anderen Jahren. Ueberhaupt litt das Geschäft darunter, daß die gesamte Handelswelt sich mehr denn je auf den dringendsten Bedarf beschränkt. Lager vorräte werden nicht mehr viel gehalten. Das kann zur Folge haben, daß den getätigten oder nicht getätigten Aufträgen auf der Leipziger Herbstmesse größere Nachbestellungen folgen werden.

Die Ausländer waren auf der Messe stark vertreten. Die Nachbarstaaten standen an erster Stelle. Des ferneren waren Einkäufer erschienen aus Großbritannien und Island, aus den nordischen Ländern, aus Ost- und Südeuropa, Spanien, aus dem Orient, Indien und aus Nord- und Südamerika. Dieser Ausländerbesuch zeigt immerhin, daß die Leipziger Mustermesse durch die unermüdbaren Bestrebungen des Leipziger Messeamtes ein Exportinstitut allerersten Ranges geworden ist. Eine Milliarde Fertigwareneexport bietet Arbeitsgelegenheit für rund eine Million Arbeiter.

Die diesjährige Herbstmesse stand nebenbei unter einem ungünstigen politischen Stern. Die derzeitige Regierung hat mit großem Tamtam eine Preisreduktion in die Wege geleitet, ohne daß nennenswerte Erfolge erzielt wurden. Man kann es den Einkäufern nicht verdenken, daß sie eine schwankende Stellung einnehmen, wenn ihnen täglich erzählt wird, daß die Preisreduktionsaktion auf dem Marsche sei. Somit hat die Regierung der Leipziger Herbstmesse und damit der deutschen Wirtschaft einen Bärendienst erwiesen. Einen weiteren Schaden erlitt die Herbstmesse durch die ständigen Quertreibereien auf dem Gebiete der Handelspolitik. Das Geschrei um die Kündigung des Vertrages mit Finnland, der Handelsstreit mit Polen usw., erschlagen günstige Exportmöglichkeiten. Wir sind nahe daran, den so wichtigen polnischen Markt vollständig zu verlieren. Man kann es ferner den Holländern, Dänen und andern Ländern nicht verdenken, wenn sie zurückhaltend sind, angesichts der Tatsache, daß diesen Staaten die Einfuhr ihrer überschüssigen Lebensmittel erschwert wird. Wir sind überzeugt davon, daß, wenn diese politischen Schwierigkeiten nicht gewesen wären, die Leipziger Herbstmesse ein besseres Ergebnis gehabt hätte.

Aus unterm Beruf

Eine lehrreiche Begebenheit.

Die „Interessengemeinschaft der vereinigten Malerinnungen Gladbach-Rheydt“ hatte zum 30. August das Lohnabkommen gekündigt. Zweck der Kündigung war, die Löhne erheblich herabzusetzen oder in der Lohnbemessung vollständig freie Hand zu erhalten. Unterm Erfuchen, recht bald einen Termin für Verhandlungen festzusetzen, kam die Interessengemeinschaft nicht nach. Die Kollegen nahmen in mehreren Versammlungen Stellung zur Kündigung und zu den Absichten der Arbeitgeber. Alle Versammlungsteilnehmer waren sich darin einig, daß unter keinen Umständen einem Lohnabbau zugestimmt werden könnte. Die Organisationsleitung erhielt den Auftrag, zu versuchen, das für allgemeinverbindlich erklärte Lohnabkommen von Rheinland-Westfalen auch für das Gebiet der Interessengemeinschaft durchzuführen. Schon während der Kündigungszeit hatten einige Firmen versucht, den Stundenlohn um 20 bis 30 % zu kürzen. Sie hatten trotz der großen Arbeitslosigkeit nur geringen Erfolg. Endlich fand sich Gelegenheit, gegen eine Firma den zu wenig gezahlten Betrag einzuklagen. Am Arbeitsgericht erklärte der Beklagte, daß das Lohnabkommen abgelaufen

sei und er hinsichtlich der Lohnbemessung freie Hand habe. Der Vertreter des Klägers, Kollege Wast, wies darauf hin, daß nunmehr das für allgemeinverbindlich erklärte Bezirkslohnabkommen Geltung habe. Auch der Vorsitzende gab zu verstehen, daß er der Auffassung zuneige, daß das Bezirkslohnabkommen angewandt werden müsse. Da dieses um 3 1/2 höhere Stundenlöhne vorsieht, lenkte der Beklagte ein und schloß einen Vergleich, wonach der Kläger 100 M. Nachzahlung erhält. Die Führer der Interessengemeinschaft hatten es nun sehr eilig, mit ihrem Syndikus zu unserm Vertreter nach Düsseldorf zu fahren, um über die Neuregelung der Löhne zu verhandeln. Durch den Vorgang am Arbeitsgericht waren sie belehrt, und das bisherige Abkommen wurde bis zum Abschluß eines neuen Lohnabkommens wieder in Kraft gesetzt.

Einige Kollegen haben aus den Vorgängen die richtige Lehre gezogen und sich unserm Verbands angeschossen. Hossentlich reißt auch bald bei den übrigen Kollegen die Einsicht, daß sie gerade während der jetzigen Zeit, wo die Arbeitgeber befreit sind, sich um die Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen zu drücken, nicht schuldig sein dürfen. Kein Kollege im Gebiet der Interessengemeinschaft darf in Zukunft dem Verband der Maler fernsehen.

Berufsunfälle

Gräßlicher Unfall durch Explosion der Farbspritzanlage auf einer Kieler Werft.

Bei der Ausführung von Anstricharbeiten an Schiffsaufbauten auf der Werft Kiel der Deutschen Werke A.G. explodierte am 15. September der Farbkessel des zu den Arbeiten benutzten Spritzapparates. Die Spritzanlage war an die Pufferleitung des Werftbetriebs angeschlossen und wurde von dem Schlosser Bruno Wulf bedient. Plötzlich erfolgte eine heftige Explosion, wobei der Deckel vom Farbkessel mit solcher Wucht emporgeschleudert wurde, daß er dem bedauernswerten Arbeiter die untere Partie einer Gesichtshälfte wegriß. W. wurde in eine Klinik transportiert. — Es wird angenommen, daß der Apparat nicht richtig bedient wurde. Auffällig ist vor allem, daß die Arbeit einem einzelnen Mann übertragen war, der die Spitzerei auszuführen und den Kessel zu bedienen hatte. Jedenfalls wäre richtiger gewesen, den Schlosser mit der Regulierung des Druckes im Farbkessel zu beauftragen und die eigentliche Spritzarbeit einem Maler oder Anstreicher zu überlassen, der mit den technischen Vorgängen des Farbauftrages vertraut und sich der Gefahren durch Einatmen der Farbnebel bewußt ist. Dann wäre das Unglück vermieden worden. Oder sollte das dem Betrieb zu kostspielig gewesen sein? Der normale Druck der Pufferleitung soll etwa 6 Kilogramm betragen. Wenn das Sicherheitsventil am Farbkessel einmal nicht funktioniert oder verstopft ist, was bei Farbe sehr leicht vorkommen kann, entsteht Überdruck und die Explosionsgefahr ist sehr groß.

Das Mißtrauen, das unsere Kollegen auf den Werften gegen die Verwendung von Spritzapparaten bisher hatten, ist, wie der tragische Unfall zeigt, durchaus begründet. Sie verlangen deshalb mit Recht, daß alle nur möglichen Schutzmaßnahmen getroffen werden. Wie wir erfahren, sind auf dieser Werft der Deutschen Werke sogar schon Schiffsinnerräume mit Bleifarben gespritzt worden. Man scheint also gegen die Gesundheitsgefahren ziemlich gleichgültig zu sein. Denn die Verklebung müßte doch aus Erfahrung wissen, daß die Vorrichtungen zum Abfangen der Farbnebel den Anforderungen bei weitem nicht genügen und auch die Schutzmasken bieten nur mangelhaften Schutz gegen die erhöhten Vergiftungsgefahren durch Bleifarben. Die neue Bleiverordnung sieht nun allerdings vor, daß zur Ausführung von Spritzarbeiten mit Bleifarben die Genehmigung der zuständigen Gewerbeaufsichtsbehörde erforderlich ist. Die Arbeiterchaft kann erwarten, daß die Genehmigung nur erteilt wird, wenn alle nur denkbaren Sicherungen zum völligen Schutze der Arbeiter gegeben sind. Aber noch ist die Verordnung nicht in Kraft. Zum Schutze ihrer Gesundheit und im Interesse ihrer Familien müssen unsere Kollegen alle an falscher Stelle zur Anwendung gebrachten Sparmaßnahmen und schließlich auch die Ausführung solch gefährlicher Arbeitsaufträge ablehnen.

Hamburg. Am 8. September 1930 stürzte der Kollege Hermann Ross beim Deckenstreichen vom Gerüst und zog sich dabei einen Oberschenkelbruch zu; er mußte in ein Krankenhaus befördert werden.

Gewerkschaftliches

Das Jahrbuch 1929 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Von den Kulturaufgaben wie von der gewaltigen Organisationsarbeit unserer deutschen Gewerkschaften unterrichten die vom ADGB herausgegebenen Jahrbücher. Ein zeitgeschichtliches Dokument ist denn auch wieder das soeben erschienene „Jahrbuch 1929“ (397 Seiten, in Leinen gebunden 9,50 M., Organisationspreis 7 M.). Zu beziehen von der Verlagsgesellschaft des ADGB oder den Ortsausschüssen, weil es nicht Geschichte im landläufigen Sinne des Wortes ist, sondern weil aus allen seinen Kapiteln der zielbewußte Wille einer großen Organisation spricht, die Klarheit gewinnen will über ihren Weg und über das Maß der eigenen Kraft wie über die Stärke ihrer Gegner, mit deren Widerstand sie bei künftigen Aktionen zu rechnen hat. Und es gibt nahezu kein Gebiet des deutschen öffentlichen Lebens, auf dem die deutschen Gewerkschaften nicht erworbenen Besitz zu verteidigen oder Forderungen im Sinne ihrer Staatsaufgabe geltend zu machen hätten. Das neue Jahrbuch des ADGB bestimmt den geschichtlichen Standort der Bewegung und mit ihm zugleich den Ausgangspunkt ihrer künftigen Politik. Jede Seite dieses Berichtes zeugt von der inneren Geschlossenheit ihrer Organisation und beweist, daß es in ihren Reihen kein Schwanken über die Richtung des Weges gibt, den sie zu gehen hat. Die politische Partei, mit der die deutschen Gewerkschaften nicht nur in diesem Wahlkampf, sondern in allen Phasen dieses in seiner

Ihr kennt uns nicht . . .

Ihr kennt uns nicht,
Ihr wißt nicht, wer wir sind —
Ihr seht nur unser schmieriges Gesicht
Und unsere groben Hände.
Mehr nicht, mehr kennt ihr nicht.

Ihr wißt nicht, daß der Schritt, der abends schwer
Nach langem Werk verhallt im Dunsloch enger Wände,
Nur Irren, Heimwärtssuchen ist nach Wald
Und Erde.

Ihr wißt nicht, wenn wir manchmal drohend fluchen,
Doch heiß in unsere Adern rinnt das Blut —
Und wir, wie ihr, voll roter Wünsche sind —
Und auf und ab auch eine Sehnsucht treibt.

Zwar unser Blick ist trübe, sonnenblind,
Und rau sind unsre Worte und verbittert,
Weil nichts von dieser Lebensfreude uns verbleibt
Und jeder Arbeitstag in Haß verzittert.
Ihr kennt es nicht, denn ihr seid gut —
Wie man so sagt —, ihr kennt nicht unser Leben,
Unsere Not, die Einkamkeit des armen
Hingeschundenen Menschen —
Die Schwere nicht der eisenstarken Stunden.

Ihr kennt uns nicht, denn zu uns führen
Nicht Brücken, wie ihr manchmal glaubt — und kein
Verdeckt den Abgrund. Versehen
Wer mit uns fühlen will, der muß schon mit uns gehen,
Und muß, wie wir, die Trommel neuen Andrucks rühren.
Otto Jöse.

Dauer noch nicht abzuschätzenden geschichtlichen Ringens fest verbündet sind, ist ebenso wie sie selbst von den kriegerischen Erscheinungen, von denen die bürgerlichen Parteien und die ihnen nahestehenden wirtschaftlichen Organisationen erschüttert worden sind, völlig freigebieben. Die innere Kraft, die diese gelassene Festigkeit der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratie inmitten der schwankenden Unruhe der politischen Umwelt offenbart, berechtigt zu dem Glauben, daß die politischen Gefahren, von denen das Geschehen der deutschen Demokratie bedroht wird, an ihrem entscheidenden und zielbewußten Widerstand ebenso scheitern werden wie die fast vergessenen Versuche von 1920 und 1923, auf dem Wege der Ueberrumpelung den Staat über den Haufen zu rennen, den sie geschaffen haben. Sie wissen, daß die Zahl der Gegner größer geworden ist, ihr Kampfwille nachhaltiger und die Front, die sie zu verteidigen haben, breiter. Aber auch ihre eigene Macht ist in diesem bewegten Jahrzehnt der Nachkriegszeit erstarkt, und wenn es auch gefährlich wäre, sich irgendwelchen Illusionen über die Dauer und die Schwere des Kampfes hinzugeben, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß der Kampf um den demokratischen Charakter des deutschen Volkstaates auf die Dauer nicht zugunsten der Parteien entschieden werden wird, die Deutschland dem Regiment einer christlich-konservativen Reaktion oder dem deutschen Faschismus auszuliefern entschlossen sind, sondern daß dem Staatsgedanken der Arbeiterbewegung, dem Gedanken einer freien sozialen Demokratie deutscher Nation die Zukunft gehört.

Genossenschaftliches

Was muß man von der Volksfürsorge wissen? Die Tarife.

Tarif I (ohne Gewinnbeteiligung). Es handelt sich um eine lebenslängliche reine Sterbegeldversicherung, bei der die versicherte Summe nur im Falle des Todes ausgezahlt wird. Die Prämienzahlungsdauer ist jedoch abgekürzt und beträgt, je nach Vereinbarung, 10, 15 oder 20 Jahre. Nach diesem Tarif können nur Personen vom 21. Lebensjahre an aufgenommen werden. Mindestmonatsprämie 1 M.; Höchster Versicherungssumme 3000 M.

Tarif IIa (mit Gewinnbeteiligung). Versicherungssumme fällig bei Tod oder nach Ablauf der Versicherung. Mindestmonatsprämie 2 M.; für Kinder und Jugendliche bis zum 20. Lebensjahre werden auch Versicherungen mit 1 M. Monatsprämie angenommen. Höchster Versicherungssumme 3000 M.

Tarif O (Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung). Versicherungssumme zahlbar bei Tod oder nach Ablauf der Versicherung. Mindestvierteljähr. Prämie 20 M.; Höchster Versicherungssumme 10.000 M.

Fälligkeit der Versicherungsleistung.

Allen Tarifen gemeinsam ist die Auszahlung der vollen Versicherungssumme bei Tod nach dem ersten Versicherungsjahr. Eine Ausnahme hiervon bilden nur die speziellen Kinderversicherungen, bei denen nach den Vorschriften des Gesetzes die volle Versicherungssumme bei vorzeitigem Tode nur dann ausgezahlt werden darf, wenn der Tod des Kindes nach vollendetem siebenten Lebensjahre eintritt. Bei Tod vor Ablauf des siebenten Lebensjahres werden nur die eingezahlten Prämien mit Zins und Zinseszins ausgezahlt.

Weiter ist allen Tarifen gemeinsam die Auszahlung der Versicherungssumme schon im ersten Versicherungsjahr, wenn der Tod durch eine der im § 12 der Volks- und § 11 der Lebensversicherungsbedingungen aufgeführten Infektionskrankheiten, durch Unfall oder durch die Folgen einer Entbindung eingetreten ist.

Bei Tod durch Unfall wird die doppelte Versicherungssumme ausgezahlt, sofern eine Monatsprämie von mindestens 2 M. laufend entrichtet wurde und der Tod innerhalb zweier Monate nach dem Unfallereignis eintritt.

Die Gewinnanteile werden nach Maßgabe des jeweiligen jährlichen Ueberschusses im Verhältnis der Jahresprämie festgesetzt, mit Zins und Zinseszins angesammelt und der Versicherungsleistung ausgezahlt.

Sozialpolitisches

Auf dem Wege zum Weltfarbentkartell.

Auch auf dem Gebiete der internationalen Kartelle und Syndikate beobachtet man ein Werden und Vergehen. Während die Eisenkartelle mehr oder weniger vor ihrer Auflösung stehen, macht die internationale Verflechtung in der chemischen Industrie Fortschritte. Das kürzlich abgeschlossene Internationale Stickstoffkartell erfaßt den gesamten Weltmarkt ohne die Vereinigten Staaten. Auf dem Gebiete der Farbfabrikation sind Deutschland, Frankreich und die Schweiz durch Interessengemeinschaftsverträge miteinander verbunden. Diese drei Staaten produzieren ungefähr 55 bis 60 % der Weltproduktion. Außerhalb dieser Vereinbarung stand neben den überseeischen Ländern England. Die englische Farbstoffindustrie war durch besondere künstliche Maßnahmen außerordentlich geschützt; dennoch war sie nicht in der Lage, die einheimische Verbraucherindustrie mit Leersfarben zu versorgen. Auf Drängen der englischen Textilindustrie soll das Einfuhrverbot von künstlichen Farben nicht mehr verlängert werden. Hinfort steht der Annäherung der englischen Farbstoffindustrie an dem deutsch-französisch-schweizerischen Block nichts mehr im Wege. Der Weltmarkt kann dann einheitlich unter den Großerzeugern aufgeteilt werden. Die chemische Großindustrie zählt zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen der Gegenwart und der Zukunft. Wie alle jungen Industrien ist sie von Anfang an über die Landesgrenzen hinausgewachsen.

Die Lage der deutschen Wirtschaft.

Das Institut für Konjunkturforschung faßt die derzeitige Lage der deutschen Wirtschaft folgendermaßen zusammen:

„Die deutsche Wirtschaft verharrt in tiefer Depression. Die industrielle Produktion ist um 15 bis 20 % geringer als im Vorjahr. 2,85 Millionen Menschen sind arbeitslos. Zum erstenmal seit dem Weltkriege befindet sich die deutsche Konjunktur in vollem Gleichschritt mit der weltwirtschaftlichen Industriekonjunktur. Rückläufige Produktion, rückläufige Preise und wachsende Arbeitslosigkeit kennzeichnen die Lage fast aller Industriestaaten. Mit der industriellen Depression verbinden sich schwere Strukturstörungen der Weltagrarkonjunktur, wodurch die Aufnahmefähigkeit der Rohstoffländer für industrielle Produkte stark vermindert wird. Anders als 1928 bietet deshalb der Export der deutschen Industrie keinerlei Ausgleich; die Ausfuhr Deutschlands ist sogar mengenmäßig gesunken. Diese Entwicklung ist um so nachteiliger, als der Rückgang im internationalen Preisniveau automatisch eine Erhöhung des Realwertes der Reparationslasten nach sich zieht. Eine gewisse Erleichterung vermochte die fortschreitende Verflüssigung der Kreditmärkte zu verschaffen. Die Senkung des Kapitalzinses ist aber noch nicht weit genug fortgeschritten, um genügend neue Planungen rentabel erscheinen zu lassen. Eine besondere Erschwerung für die Kapitalversorgung bildet die Vertrauenskrise, die sich im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung ergeben hat. Die von der Reichsregierung beabsichtigte Finanzreform kann wesentlich dazu beitragen, das erschütterte Vertrauen wiederherzustellen. Die Ausbalanzierung des öffentlichen Haushalts durch Ausgabenkürzung und Einnahmenseigerung wird zwar zu — übrigens unvermeidlichen — Beeinträchtigungen der Wirtschaft führen; doch können sich aus einer Sanierung der Finanzen gleichzeitig starke, wenn auch rein psychologische Auftriebskräfte entwickeln. Nach den zur Zeit vorliegenden objektiven Gegebenheiten der Konjunktur jedoch wird sich die mit dem Herbst einsetzende saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit voraussichtlich in voller Höhe auf dem Arbeitsmarkt auswirken.“

Die gegenwärtige Krise geht über ähnliche Perioden früherer Zeit wesentlich hinaus. Der Arbeitsmarkt wird vorläufig keine Entlastung erfahren, im Gegenteil wird die Zahl der Arbeitslosen in kommenden Monaten zunehmen. Das Konjunkturinstitut rechnet für Ende Dezember mit einer Gesamtzahl von mehr als 3,5 Millionen Arbeitslosen. Die Belastung der Arbeitslosenversicherung wird im Durchschnitt 2,4 Millionen im Jahre 1930 betragen. Es ist also notwendig, daß die deutsche Regierung sich jetzt nach den Wahlen darüber schlüssig wird, woher die Unterstützungsgelder genommen werden sollen. Von der Gesamtzahl der vorhandenen Arbeitslosen erhalten 0,4 bis 0,5 Millionen keinerlei Unterstützung. Von den zusätzlich vergebenden Arbeiten der öffentlichen Hand ist noch keine Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten. Die hohe Zahl der Arbeitslosen, die durch das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm wieder in Lohn und Brot gebracht werden sollten, wird wohl als ein Wahlmanöver angesehen werden können. Die deutsche Arbeiterchaft geht schweren Zeiten entgegen.

Fortschritte der Sozialversicherung in USA.

Es ist beachtlich, daß gerade in einem Zeitpunkt, da die Sozialversicherung in Deutschland aus grundsätzlichen Erwägungen heraus auf das heftigste angefeindet wird, in USA. der Grundsatz der Zwangsversicherung gegen die verschiedenen Risiken, denen der Arbeiter ausgesetzt ist, ständig an Boden gewinnt. Je heftiger die Krise der Privatwirtschaft auch in Amerika Arbeitskräfte freigesetzt und das Problem des älteren Arbeiters sichtbar werden läßt, zeigt sich auch dort die Notwendigkeit, über die unzureichenden und reklamehaften sozialen und Wohlfahrtsmaßnahmen der Privatwirtschaft hinaus eine gesunde staatliche Sozialpolitik zu treiben. Vor kurzem haben zwei Bundesstaaten in USA., New York und Massachusetts, eine gesetzliche Alterszwangsversicherung eingeführt. Damit haben nunmehr 12 nordamerikanische Staaten gesetzliche Maßnahmen über Altersrenten ergriffen. Allerdings erstrecken sich die beiden genannten Gesetze weit in das Gebiet der „Wohlfahrt“. Das Gesetz von New York sieht vor, daß Personen von mindestens 70 Jahren, wenn sie 10 Jahre im Staate New York ansässig waren, im Falle der Bedürftigkeit eine „ausreichende Unterstützung“ erhalten. Das gleiche gilt für Massachusetts für alle bedürftigen Personen, die seit 25 Jahren im Staate ansässig sind. Dabei wird hervor-

gehoben, daß der Begriff der Bedürftigkeit nicht eng gezogen werden soll. Die Mittel zu dieser Versicherung werden zum Teil vom Staate selbst, zum andern Teil von den Ortsbehörden aufgebracht. Nur wer die bis in die Gewerkschaften hinein reichende Abneigung der Amerikaner gegen die staatliche Sozialversicherung kennt, weiß diese Maßnahmen als verheißungsvolle Vorboten eines grundlegenden Wandels der Auffassungen zu schätzen, der sich unter dem harten Druck der wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu Grundfragen bekennt, die sich in Europa schon seit Jahrzehnten bewährt haben.

Arbeiterversicherung

Betrug an den Arbeitslosen.

Die bekannte Notverordnung vom 26. Juli 1930 hat in der Arbeitslosen- und auch in der Krankenversicherung eine Reihe einschneidender Änderungen gebracht, die fast restlos auf einen Leistungsabbau der Versicherungsleistungen hincielen. Die Verordnung hat aber darüber hinaus auch Bestimmungen gebracht, deren rechtliche Haltbarkeit angezweifelt werden muß. Es sei hier nur eine derselben einer näheren Erörterung unterzogen.

Nach dem alten Recht war es so, daß die Unterstützung eines Arbeitslosen nach dem Verdienst oder Lohn berechnet wurde, den er in der letzten Zeit vor der Arbeitslosigkeit bezogen hatte. Ohne Einfluß blieb die Frage, ob und in welcher Höhe der Arbeitgeber für ihn Beiträge geleistet hatte. Der Rechtsanspruch des Arbeitslosen auf Unterstützung war daher unabhängig von einer Beitragsleistung. Es war vielmehr Sache der Versicherungsträger (Krankenkassen) für einen regelrechten Beitragsbeitrag zu sorgen. Durch die oben erwähnte Verordnung ist nun folgende neue Bestimmung in das Gesetz aufgenommen worden:

„Soweit in dem Anwartschaftszeitraum für die Unterstützung eine versicherungspflichtige Beschäftigung bestanden hat, darf für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse kein höherer Betrag zugrunde gelegt werden als der Grundlohn, der bei der Entrichtung der Beiträge zur Rechtsanfall zugrunde gelegt war.“

Aus dieser nackten Vorschrift werden die Versicherer ihre Tragweite wohl nicht herauslesen können. Es ist deshalb notwendig, die Rechtslage etwas zu erklären. Die Bestimmung besagt, daß für die Bemessung der Unterstützung nicht mehr der wirkliche Verdienst des Arbeitslosen maßgebend ist, sondern die Klasse, oder der Lohn, mit dem er von seinem Arbeitgeber bei der Krankenkasse versichert war. Diese Forderung bedeutet in ihrer Auswirkung ein Abweichen von dem allgemein gültigen Standpunkt in der Sozialversicherung, daß die Leistungen nicht von einer Beitragszahlung abhängig sind, sondern nur von dem wirklichen Beschäftigungsverhältnis und dem dabei erzielten Arbeitsergebnis. Die neue Bestimmung ist von außerordentlicher Tragweite für die Versicherten. Es sei hierfür ein Beispiel angeführt. Hat ein Versicherter in seinem Beschäftigungsverhältnis wöchentlich 50 M. verdient, der Arbeitgeber ihn aber nur mit 30 M. Wochenlohn zur Krankenkasse angemeldet, um Beiträge zu sparen, so erhält der Versicherte im Falle einer Arbeitslosigkeit nur nach dem angegebenen Entgelt von 30 M. seine Unterstützung und nicht nach dem wirklichen Einkommen von 50 M. Der Arbeitnehmer muß also dafür an seinem eigenen Leibe büßen, wenn ihn der Arbeitgeber falsch (mit einem zu niedrigen Verdienst) angemeldet hat. Der Arbeitgeber hat die Falschmeldung, also den Betrug ausgeführt, und der Versicherte muß dafür büßen. Eine ungerechtere Bestimmung ist wohl überhaupt nicht denkbar. Ein Landesarbeitsamt hat zur Durchführung dieser Bestimmung folgende Anweisungen herausgegeben: „Eine Nachentrichtung der vom Arbeitgeber zu wenig geleisteten Beiträge kann die Anwendung der Vorschrift nicht ausschließen. Es ist dies nur dann möglich, wenn die Nachentrichtung vor dem Eintritt des Versicherungsfalles, das heißt vor dem Antrag auf Unterstützung durchgeführt ist. Dagegen bleibt die gesetzliche Verpflichtung der beteiligten Versicherungsträger zur nachträglichen Einziehung der hinterzogenen Beitragsteile unberührt. Selbst bei deren Erlangung tritt aber keine nachträgliche Erhöhung des Unterstützungsbetrags mehr ein, denn maßgebend ist der Grundlohn, der zugrunde gelegt war.“ Etwasige Härten gegenüber einem an der Wiedereinstellung schuldlosen Arbeitnehmer können durch den Hinweis beseitigt werden, daß der Arbeitgeber für den von ihm verursachten Schaden gerichtlich in Anspruch genommen werden kann. In den Fällen, in denen die Beitragsleistung überhaupt nicht stattgefunden hat, kann ein Grundlohn im Sinne der hier fraglichen Bestimmung nicht festgestellt werden. Deshalb ist in solchen Fällen eine Unterstützungsgeldleistung gesetzlich unmöglich, solange nicht etwa durch eine grundsätzliche Entscheidung eine andere Rechtsauffassung zur Geltung gebracht wird.“

Diese Erklärungen einer maßgebenden Stelle zeigen, daß unsere Annahmen mehr als berechtigt sind. Der Arbeitslose muß für die Beitragsleistung seines Arbeitgebers büßen. Eine Regelung und etwaige Nachzahlung der ihm eigentlich auf Grund seines Verdienstes zustehenden Unterstützung ist nach dem Gesetz nicht möglich, wenn der Arbeitgeber die hinterzogenen Beitragsteile nachzahlt. Auch in diesen Fällen ist der Arbeitslose der Summe und muß sich mit dem begnügen, was er quäbig erhält.

Es ist schon eingangs erwähnt worden, daß diese Bestimmung unbillig ist. Sie spricht jedem Rechtsempfinden sehr. Der Arbeitnehmer ist durch sie vollkommen rechtlos. Wenn dieses Beispiel auch bei den andern Versicherungsarten eine Schule macht, dann ist es schon besser die Versicherung ganz abzuschaffen. Es muß unbedingt mit allen zulässigen Mitteln darauf hingewirkt werden, daß diese Bestimmung wieder verschwindet, und daß das allgemeine Rechtsempfinden des Volkes nicht durch solche Beschlüsse herabgewürdigt wird. Die Arbeitnehmer können sich vor der Anwendung der Vorschrift nur dadurch schützen, daß sie sich von der Richtigkeit ihrer Anmeldung bei der Krankenkasse laufend und zwar bei jeder Lohnanhebung vergewissern.

20 billige Bücher für den Maler

- Materialkunde für Maler 1,60
- Farbenmerkbüchlein 1,-
- ABC des jungen Malers (Hengst) 3,-
- Die Malerfarben und ihre Bindemittel 4,-
- ABC der Fachkunde für Maler (Koch), illustriert 3,60
- Katechismus für Gehilfen- und Meisterprüfung 5,-
- Anleitung zum Farbmischen 2,-
- Farben und Farbharmone 3,-
- Kunststoffunterscheidungen, illustriert 2,-
- Blumenmalerei, illustriert 2,50
- Ölmalerei, illustriert 2,-
- Technik der Malerei, illustriert 2,50
- Aquarellmalerei, illustriert 2,50
- Temperamalerei, illustriert 2,50
- Pastellmalerei, illustriert 2,50
- Skizzieren auf Wanderungen, illustriert 1,75
- Federzeichnen, illustriert 2,50
- Technik der Holzmalerei, illustriert 1,-
- Neue Einteilung der Schriften 1,-
- Anleitung zum Kostenberechnen 2,-

Verlag „Fachblatt der Maler“, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10

oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.

Polizei und Gerichte

Ein Malermeister wegen Nichtabführung der Sozialbeiträge zu Gefängnis verurteilt.

Gar nicht selten kommt es vor, daß Arbeiter wochen- und monatelang um die Erfüllung der ihnen aus der Sozialversicherung zustehenden Rechte klagen müssen, weil der Unternehmer die Beiträge zwar vom Lohn abgezogen, die Summen aber nicht weitergeleitet und für sich verbracht hat. Obwohl nach dem allgemeinen Rechtsempfinden Unterschlagung und Betrug vorliegt, finden derartige Schädlinge des öffentlichen Rechtes nur zu oft sehr milde Richter. Anders erging es dem Weißbindermeister Karl Burghardt, Mitinhaber der Firma Burghardt & Kaiser in Frankfurt a. M. Mit einer Hartnäckigkeit sondergleichen setzte sich dieser Arbeitgeber über die gesetzlichen Bestimmungen hinweg. Seit vielen Jahren hat er zwar seinen Arbeitern und Angestellten die Beiträge zur Krankenversicherung und für die Arbeitslosenunterstützung in Abzug gebracht, an die Versicherungsträger hat er aber kaum etwas bezahlt. Die Summe lief schließlich auf 3500 — dreitausendfünfhundert Reichsmark — auf. In der ersten Klage versprach er zu zahlen. Vorsichtigerweise ließ er das Geschäft aber auf den Namen seiner Frau überschreiben. Diese Veränderung wurde anscheinend nur vorgenommen, um der Krankenkasse die Möglichkeit zu nehmen, die rückständigen Beiträge durch Zwangsvollstreckung beizutreiben. Aber als er dann im Mai dieses Jahres die Firma selbst wieder übernahm, wurde das alte Treiben dieser billigen Kapitalbeschaffung fortgesetzt. Wegen Nichtabführung der Beiträge wurde nunmehr der Strafrichter angerufen. Burghardt versuchte sich in der Verhandlung auf die ungünstige Wirtschaftslage herauszureden. Der Richter ließ das aber nicht mehr gelten, sondern verurteilte den Angeklagten zu einem Monat und zwei Tagen Gefängnis. Und das von Rechts wegen.

Verchiedenes

Sprachkurse in Groß-Berlin.

Anfang Oktober beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere fortgeschrittene Kurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Nichtiges Deutsch“ (Rechtschreibung und Sprachlehre). Auf Wunsch sollen ferner Tageskurse für Teilnehmer mit ungenügender Arbeitszeit (Schichtarbeiter usw.) eingerichtet werden.

Zur Deckung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose Kursusteilnehmer zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Sprachkursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: Berlin W 35, Potsdamer Straße 52.

Fachtechnisches

Die „Schützende Hand“.

Der Kulturfilm des Reichsausschusses für Sachwert-erhaltung“ wird in nachstehend verzeichneten Theatern vorgeführt:

- 27. September bis 29. September: Union-Lichtspiele, Rodalben (Pfalz).
- 28. September bis 30. September: Lichtspielhaus Hoffmann, Münchenberg i. Oberfranken.
- 30. September bis 2. Oktober: Park-Lichtspiele, Berlin, Bärwalderstraße.
- 3. Oktober bis 9. Oktober: Lichtspielhaus, Regensburg.
- 9. Oktober bis 15. Oktober: Union-Theater, Kaiserslautern.

Patentschein, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwillig.

Gebrauchsmuster.

Nr. 75 c. 1134934. Bronze- und Lackurbehälter. Standard-Protzfarben-Werke Carl Eckart, Fürth in Bayern, Marktstraße 12.

Nr. 75 c. 1135 099. Metallschablone für Spritzarbeiten für Maler und Anstreicher. Ludwig Hermann, Mühlheim a. d. Ruhr-Speldorf, Duisburger Straße 286.

Angemeldete Patente.

Nr. 75 a. P. 51 835. Verfahren zum Besprühen von Fahrzeugen und ähnlichen langgestreckten Werkstoffen. „Prea“, Helmbrecht & Köllner, G. m. b. H., Leipzig-Schleußig, Könnigerstraße 43.

Nr. 75 b. Sch. 85 107. Verfahren zur Herstellung von Nachahmungen wertvoller Hölzer sowie von Intarsien und dergleichen durch Übertragung von Abziehbildern. John Werner, Swinemünde, und Franz Schlobach, G. m. b. H., Böhlig-Chrenberg.

Erteilte Patente.

Nr. 75 c. 508 472. Verschiebbare Spritzkabine. „Sprimag“, Spritzmaschinen-Bau-Gesellschaft m. b. H., Leipzig, Reginenstraße 4.

Nr. 22 g. 508 405. Anstrichabweisender Anstrich, besonders für Schiffsböden. Cropp & von Pleffenburg, Hamburg, Große Reichenstraße 19/23.

Nr. 75 c. 508 362. Verfahren zur Erzeugung von Reklame- und Ankündigungsschildern. Richard Uzarski, Düsseldorf-Grabenberg, Burgmüllerstraße 55.

Literarisches

Änderungen in der Krankenversicherung. Mit Begründung, Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen. Zweite Auflage. Von Helmut Lehmann. Preis broschiert 1,80 M. Verlagsgesellschaft deutscher Krankentassen, Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. In der gesetzlichen Krankenversicherung sind durch die bekannte Notverordnung einschneidende Veränderungen vorgenommen worden. In der vorliegenden Schrift hat Helmut Lehmann, geschäftsführender Vorsitzender des Hauptverbandes deutscher Krankentassen, diese neuen Vorschriften in klarer, übersichtlicher Form den bisher geltenden gesetzlichen Bestimmungen gegenübergestellt. Außerdem ist der Zweck der einzelnen Paragraphen erläutert worden. Die Schrift ist ein zuverlässiger, sicherer Ratgeber bei der praktischen Durchführung der Änderungen in der Krankenversicherung. Die zweite Auflage ist erheblich erweitert worden. Sie gehört in die Hand aller, die irgendwie mit der Durchführung der Krankenversicherung zu tun haben. Sie soll dazu beitragen, den Vorständen die Aufgabe zu erleichtern, die neuen Vorschriften im sozialen Geiste anzuwenden.

Der Anfang eines Künstlerlebens. Der Wappweber Maler U. Hoff, eine der interessantesten Persönlichkeiten in der Galerie zeitgenössischer Künstler, hat sich nicht nur in der Malerei, sondern auch in der Literatur betätigt. Sein erster bisher unveröffentlichter Roman erscheint jetzt im Verlag der Buchergilde Gutenberg, Berlin S.W. 61: „Anfang eines Lebens“. In seinen 3 M. dieses Wert ist die Jugendgeschichte eines Malers, der aus ärmlichen Verhältnissen kommt und sich durch die Enge eines kleinstädtischen Willens und eines Beamtenstandes zur Freiheit des persönlichen Schaffens durchstößt. Wir erleben den Verfall des familiären Wohlstandes, die Proletarisierung der kleinstädtischen Welt, die mit ihren erblichen, hauberformeln über dem Ehrnamen nicht verborgen kann, daß der preußische Staat einbringend und sehr zeigend an allen Werten hinterläßt. Im Schatten der Not und bekräftigt von dem ewigen Sorgenfaden einer abgearbeiteten Mutter, wach in dem Kaufmanns-Brüder der Wille heran, Künstler zu werden. Er glaubt, auf der Ausübung des Daseins mit aller Komplexität bestehen zu können, läßt sich als Künstler auf Gesellschaften, Feiern und in den Willkür des Wohlhabenden Bürger „herumtreiben“, unterwirft sich heugelnd dem Bürger, um ein Bildchen oder einen „Schinken“ abzusetzen, und schämt innerlich vor Mut, weil er dem Selbst immer wieder neue Notizen erweisen muß. Seine Wut über die Kunst für die Kunst und sein Interesse für die soziale Kunst, erfindet ihn allmählich seinen Gönnern und Verwandten, und als er ein Drama schreibt und es zur Aufführung bringt, wird die Trennung vollständig und der offene Kampf zwischen Bürger und Künstler tobt sich aus. Die ganze Freundschaft geht in die Brüche, der Künstler verliert vergeblich, in Berlin den Boden für seine weitere Arbeit zu finden, und schließlich nehmen sich ein paar hilfserbete Hände seiner weiteren Entwicklung an. Es ist also ein Entwicklungsroman. Aber der Autor arbeitet nicht nach dem üblichen Schema, er macht sich nicht zum „Selben“, sondern benutzt den Entwicklungsroman der führenden Romantiker in der Hauptfrage nur dazu, zeitliche und menschliche Zustände zu schildern. Das Werk ist reich an vielen Schönheiten, besonders das Kapitel vom Tod der Mutter bleibt unvergessen. Nicht minder köstlich ist es, wenn das Temperament U. Hoff's losbricht und die zimmerliche Herlichkeit der kleinstädtischen guten Stunde dabei in Scherben zerfällt. Die Buchergilde Gutenberg hat gut getan, Hoff das Wort zu geben, und es ist zu erwarten, daß der Autor nicht bei dieser ersten Veröffentlichung stehenbleibt.

Vom 22. Sept. bis 28. Sept. ist die 39. Beitragswoche.

Vom 29. Sept. bis 5. Okt. ist die 40. Beitragswoche.

Bereinstell

In der Quittung über eingesandte Gelder für Monat August 1930, in Nr. 36 „Der Maler“, muß es heißen: Bernburg 300, nicht Beuthen. L. Ringel, Kassierer

Sterbefälle.

Berlin. (Zahlstelle Kalkberge). Am 10. September starb der Kollege Paul Becker, geboren am 24. Oktober 1871 in Ruzdorf. — Am 16. September starb der Kollege Hans Müßmann, geboren am 16. November 1879 in Danzig.

Frankfurt a. d. O. Am 15. September starb der Kollege Franz Feinhals, geboren am 12. Februar 1880 in Wachen, an Lungenentzündung.

Leipzig. Am 12. September starb unser Mitglied Franz Greil im Alter von 64 Jahren an Lungenleiden.

Magdeburg. Am 10. September starb unser Kollege Theodor Eckart im Alter von 62 Jahren an Herzschlag.

Nürnberg. In der Zahlstelle Ansbach starb am 31. August unser treuer, um die Organisation sehr verdienter Kollege Christian Schabersberger, geboren am 26. Juni 1879 zu Ansbach. — Am 5. September schied aus dem Leben durch Freitod unser treuer Kollege Ferdinand Porzler, geboren 4. März 1905 zu Nürnberg.

Ehre ihrem Andenken!

MEISTERPRÜFUNG

Gründliche Vorbereitung durch Fernunterricht. Ausbildungs- z. Geschäftsführ. Erfolg garant. Fr. Wenzel, Naunhof-Leipzig